

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1563

Zwangspensionierungsgrenzen

**Altersdiskriminierung durch die Rechtsprechung –
eine historische Betrachtung**

Von

Sophie Burgmann



Duncker & Humblot · Berlin

SOPHIE BURGMANN

Zwangspensionierungsgrenzen

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1563

Zwangspensionierungsgrenzen

Altersdiskriminierung durch die Rechtsprechung –
eine historische Betrachtung

Von

Sophie Burgmann



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft
der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
hat diese Arbeit im Jahre 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnetet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D30

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin

Druck: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 978-3-428-19013-3 (Print)

ISBN 978-3-428-59013-1 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Töchtern

Vorwort

Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main hat diese Arbeit im Mai 2023 als Dissertation angenommen. Ermöglicht wurde dies durch die vielseitige Unterstützung verschiedener Personen, die mir über die Jahre bei der Erstellung der Arbeit mit Rat und Tat zur Seite standen.

Mein besonderer Dank gilt hierbei meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Ute Sacksofsky und ihrem Vertrauen in meine Fähigkeiten über einen langen Zeitraum, in dem sie stets für fachliche Diskussionen zur Verfügung stand und mir gleichzeitig meine Freiheiten sowohl bei der Auswahl des Themas als auch der Gestaltung der Arbeit gelassen hat. Die sehr konstruktiven Diskussionen über die Struktur und den argumentativen Aufbau der Arbeit haben maßgeblich dazu beigetragen, deren Qualität und Aussagekraft zu verbessern. Auch denke ich immer sehr gerne an meine Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl zurück.

Herrn Prof. Dr. Georg Hermes möchte ich herzlich für die Erstellung der Zweitkorrektur und seine zeitliche Flexibilität bzgl. des Zeitpunktes der Disputation danken.

Diese Arbeit wäre aber letztendlich ohne die Unterstützung durch meine Familie und Freunde nicht möglich gewesen.

Prägende Impulse und Denkanstöße für die Arbeit kamen aber auch aus anderen Richtungen. Ausgangspunkt sowie wichtiger Leitfaden dieser Arbeit bildeten die Denkansätze von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Spiros Simitis. Dieser hatte bereits in den Jahren 1993/1994 – im Rahmen verschiedener Beiträge mit Blick auf die Diskussion über den Age Discrimination Act in den USA sowie die Menschenwürde – Altersgrenzen im Berufsleben als Diskriminierungsproblem qualifiziert und seine Kritik rechtsdogmatisch im Kontext des Art. 3 GG verortet. Hierauf basierte die Idee, das Institut der Zwangspensionierungsgrenze im Bereich des Öffentlichen Dienstes bei Beamten, Hochschullehrern und Richtern zu hinterfragen und aus der Perspektive des Antidiskriminierungsrechts neu zu beurteilen. Wesentliches Element hierbei war die Aufarbeitung der Entstehung und Ausbreitung der Zwangspensionierungsgrenze und somit die Offenlegung der Beziehung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dieses Instituts. Prof. Dr. Dr. h.c. Rudolf Wiethölters Konzept der „Recht-Fertigung“ am Beispiel des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebes wiederum diente als (juristisch-) methodisches Muster für die kritische Herausarbeitung der Rolle der höchstrichterlichen Rechtsprechung bei der Entwicklung der Zwangspensionierungsgrenze zu einem unumstößlich erscheinenden Rechtsinstitut.

Eine der besonderen Herausforderungen dieser Arbeit bestand – unabhängig von fachlichen Themen – darin, die Entwicklung der Zwangspensionierungsgrenze sowie ihre Hintergründe anhand von Primärquellen zu rekonstruieren und diese Arbeit neben den beruflichen Herausforderungen fertigzustellen: zunächst während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl, dann als Referendarin unter anderem in Chicago (IL) und schließlich neben meiner anwaltlichen Tätigkeit in einem völlig anderen Bereich – dem Bau- und Architektenrecht.

Frankfurt am Main, im Dezember 2024

Sophie Burgmann

Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung	31
A. Ausgangspunkt	31
B. Gang der Untersuchung	36
C. Untersuchungsgegenstand	38
I. Begrifflichkeiten	38
II. Sachliche Abgrenzung	41
III. Methodische Vorgabe	41
IV. Untersuchungszeitraum	43
V. Geografischer Umfang	44
§ 2 Genese der Zwangspensionierungsgrenze	48
A. Einführung der „Kann-Altersgrenze“ bis 1918	48
I. Pensionierungsregelungen für Beamte	49
II. Besonderheiten bei Richtern	108
III. Besonderheiten bei Hochschullehrern	147
IV. Zusammenfassung	159
B. Etablierung der Zwangspensionierungsgrenze in der Weimarer Republik ..	163
I. Art. 104 und Art. 129 der Weimarer Reichsverfassung (WRV)	165
II. Schritte in Richtung Zwangspensionierungsgrenze (Sachsen, Baden und Hamburg)	173
III. Das Preußische Altersgrenzengesetz vom 15.12.1920	177
IV. „Recht-Fertigung“ der Zwangspensionierungsgrenze durch das Reichsgericht	191
V. Etablierung der Zwangspensionierungsgrenze auf Reichsebene	208
VI. Verbreitung der Zwangsbeendigungsgrenze in den einzelnen Ländern	212
VII. Zusammenfassung	256
C. Vereinheitlichung der Zwangspensionierungsgrenze während der NS-Zeit	263
I. Zwangspensionierungsgrenzen bei Beamten und Richtern	265
II. Zwangspensionierungsgrenzen bei Hochschullehrern	277
III. Rechtsprechung des Reichsgerichtes zu Zwangspensionierungsgrenzen während der NS-Zeit	282
IV. Zusammenfassung	284
D. Stabilisierung der Zwangspensionierungsgrenze in der Bundesrepublik bis in die Gegenwart	285
I. Allgemeine Entwicklung, Entnazifizierung und personelle Kontinuität in den ersten Nachkriegsjahren	286

II.	Vorläufige Geltung der Gesetze aus der NS-Zeit	289
III.	Das Grundgesetz und die Sonderstellung von Beamten, Richtern und Hochschullehrern	298
IV.	Neukodifikationen des Beamten-, Richter- und Hochschulrechtes	300
V.	Bestätigung der Zwangspensionierungsgrenzen durch das BVerfG ...	323
VI.	Zusammenfassung	330
§ 3	Zwangspensionierungsgrenze als Altersdiskriminierung	333
A.	Alter und Antidiskriminierungsrecht	333
I.	Flexibilisierungstendenzen in den 60er-Jahren	334
II.	Reformbemühungen Anfang der 70er-Jahre	336
III.	Der Einfluss des ADEA – die 80er- und 90er-Jahre	336
IV.	Der Beitrag der Gerontologie	341
V.	Das Merkmal Alter und die RL 2000/78/EG	345
VI.	Zusammenfassung	348
B.	Zwangspensionierungsgrenzen und Unionsrecht	349
I.	Primärrechtliches Verbot der Altersdiskriminierung	349
II.	Sekundärrechtliches Verbot der Altersdiskriminierung – RL 2000/78/EG	355
C.	Zwangspensionierungsgrenzen und nationales Recht	400
I.	Verhältnis von nationalem Recht und Unionsrecht	401
II.	Das AGG – ein Nebenschauplatz	401
III.	Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte	407
D.	Versuche der Rechtfertigung	419
I.	Zwangspensionierungsgrenzen und Dienstunfähigkeit	419
II.	Generationengerechtigkeit	423
III.	Menschenwürde gem. Art. 1 I GG	429
IV.	Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung, Justiz und Hochschulen	430
V.	Sparsame Haushaltsführung	437
VI.	Zwangspensionierungsgrenzen als eigener hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums	439
VII.	Art. 97 II GG	442
VIII.	Bedeutung der Berufstätigkeit	448
IX.	Fehlende Überzeugungskraft der Rechtfertigungsgründe	449
§ 4	Fazit	455
§ 5	Thesen	463
Anlage 1	469
Anlage 2	470
Literaturverzeichnis	472
Sachverzeichnis	507

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	31
A. Ausgangspunkt	31
B. Gang der Untersuchung	36
C. Untersuchungsgegenstand	38
I. Begrifflichkeiten	38
1. Berufsgruppen	38
2. Dienstunfähigkeit	38
3. Altersgrenzen	39
II. Sachliche Abgrenzung	41
III. Methodische Vorgabe	41
IV. Untersuchungszeitraum	43
V. Geografischer Umfang	44
§ 2 Genese der Zwangspensionierungsgrenze	48
A. Einführung der „Kann-Altersgrenze“ bis 1918	48
I. Pensionierungsregelungen für Beamte	49
1. Entstehung des modernen Beamtenrechts	49
a) Entwicklungsbeginn	49
b) Vom Fürstendiener zum Beamten – die begriffliche Entwicklung	51
c) Regelungssubjekte der beamtenrechtlichen Regelungen	52
d) Weitere Regelungsaspekte	53
(1) Lebenszeitprinzip	53
(2) Einstweiliger Ruhestand	56
(3) Freiwillige Beendigung	59
2. Preußen	59
a) Preußisches Civil-Pensions-Reglement von 1825	60
b) Preußisches Beamtendisziplinargesetz von 1852	61
c) Preußisches Beamtenpensionierungsgesetz von 1872	61
d) Preußisches Pensionsänderungsgesetz von 1882	62
3. Norddeutscher Bund bzw. Deutsches Kaiserreich und das Reichsland Elsaß-Lothringen	65
a) Norddeutscher Bund bzw. Deutsches Kaiserreich	66
(1) Reichsbeamtengesetz von 1873	66
(2) Reichsbeamtenänderungsgesetz von 1886 u.a.	68

b) Elsaß-Lothringen	71
c) Gesamtüberblick	73
4. Bayern	74
a) Bayerische Hauptlandespragmatik	74
b) Weitere Entwicklung	77
5. Baden	80
6. Hessen	86
7. Württemberg	87
8. Thüringische Staaten	89
a) Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Weimar-Eisenach, Reuß jüngere Linie, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen	89
b) Reuß ältere Linie (Reuß ä.L.)	93
c) Sachsen-Meiningen	93
d) Sachsen-Altenburg	94
e) Gesamtüberblick	96
9. Braunschweig	98
10. Sachsen	99
11. Oldenburg	100
12. Freie Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen	101
13. Mecklenburg-Schwerin	103
14. Gesamtüberblick	104
a) Entwicklung der Rechtsstellung der Beamten	104
b) Erste Hälfte des 19. Jh. – Altersgrenzen als Erweiterung der Rechte des Beamten	105
c) Zweite Hälfte des 19. Jh. – Verbreitung der „Kann-Altersgrenzen“	106
II. Besonderheiten bei Richtern	108
1. Kodifikationen in den einzelnen Bundesstaaten vor Inkrafttreten des GVG	110
a) „Musterländer“ Sachsen und Elsaß-Lothringen	110
(1) Sachsen	111
(2) Reichsland Elsaß-Lothringen	111
b) Weitere Bundesstaaten (Preußen, Bayern, Baden, Hessen, Württemberg, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, die freien Hansestädte und die thüringischen Staaten)	112
(1) Regelungsüberblick	112
(2) Sonderregelung – Pensionierungssystem	115
(3) Sonderregelung – Altersgrenzen	117
2. Gerichtsverfassungsgesetz von 1877 – Organisation der Gerichte auf Reichsebene	122

3.	Preußen und der Mythos der faktischen Altersgrenze	127
4.	Kodifikationen in den Bundesstaaten nach Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes	129
a)	„Musterländer“ Sachsen und Elsaß-Lothringen	129
(1)	Sachsen	129
(2)	Reichsland Elsaß-Lothringen	130
b)	Weitere Bundesstaaten (Preußen, Bayern, Baden, Hessen, Württemberg, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, die freien Hansestädte und die thüringischen Staaten)	131
(1)	Änderungen bezüglich des Verfahrens	131
(2)	Änderungen bezüglich der Bedingungen	135
(3)	Regelungsstand zum Ende des Kaiserreiches	143
5.	Gesamtüberblick	144
a)	Auswirkungen des Gerichtsverfassungsgesetzes	144
b)	Pensionierungsregelungen Beamte vs. Richter zum Ende des Kaiserreiches	145
III.	Besonderheiten bei Hochschullehrern	147
1.	Überblick	148
2.	Emeritierungspraxis – Preußen	151
3.	Emeritierungsregelungen – Mecklenburg-Schwerin und die thüringischen Staaten	152
4.	Emeritierungsaltersgrenzen – Reichsland Elsaß-Lothringen und Bayern	153
5.	Verschiedene Universitäten, unterschiedliche Pensionierungssysteme – Sachsen	154
6.	Gleichstellung mit den Beamten – Baden, Württemberg, Braunschweig und Hessen	156
7.	Gesamtüberblick	158
IV.	Zusammenfassung	159
1.	Beamte und Richter	160
2.	Hochschullehrer	162
B.	Etablierung der Zwangspensionierungsgrenze in der Weimarer Republik ..	163
I.	Art. 104 und Art. 129 der Weimarer Reichsverfassung (WRV)	165
1.	Altersgrenzen der WRV	165
2.	Aufnahme des Art. 104 Abs. 1 Satz 2 in die WRV	167
3.	Art. 129 WRV	170
4.	Würdigung der Art. 104 und Art. 129 WRV	172
II.	Schritte in Richtung Zwangspensionierungsgrenze (Sachsen, Baden und Hamburg)	173
III.	Das Preußische Altersgrenzengesetz vom 15.12.1920	177
1.	Gesetzesinhalt	178
2.	Gesetzgebung und Gesetzesbegründung	179

3.	Würdigung des Gesetzes	186
IV.	„Recht-Fertigung“ der Zwangspensionierungsgrenze durch das Reichsgericht	191
1.	Vorgeschichte	191
2.	1922 – Die Auseinandersetzung mit Art. 104 WRV in RGZ 104 ..	194
a)	Allgemein	194
b)	RGZ 104, 58 ff. – Art. 129 I 3 WRV	196
(1)	Sachverhalt und Hintergrund	196
(2)	Verletzung wohlerworbener Rechte, Art. 129 I 3 WRV ..	197
(3)	Höhe der Zwangspensionierungsgrenze	200
(4)	Verhältnis von Art. 129 und Art. 104 WRV	202
c)	RGZ 104, 66 ff. – Art. 104 I 3 WRV	203
d)	Einordnung der RGZ 104-Entscheidungen	204
3.	Folgerechtsprechung	206
V.	Etablierung der Zwangspensionierungsgrenze auf Reichsebene	208
1.	Personalabbauverordnung des Reiches (1923)	208
2.	Begründung und Rezension der Personalabbauverordnung	209
3.	Änderung und Einstellung der Personalabbauverordnung	210
4.	Die Notverordnungen nach 1930	212
VI.	Verbreitung der Zwangsbeendigungsgrenze in den einzelnen Ländern	212
1.	Beamte und Richter	213
a)	Entwicklung nach Erlass des Preußischen Altersgrenzen Gesetzes	213
(1)	Preußen	213
(2)	Braunschweig, Sachsen, Thüringen und Hessen	215
b)	Regelungsstand vor Erlass der Personalabbauverordnung	220
c)	Auswirkungen der Reichs-Personalabbauverordnung von 1923 ..	220
(1)	Entwicklung der gesetzlichen Regelungen	221
(2)	Rezension der Personalabbauverordnungen	225
(3)	Gesamtüberblick der Auswirkungen der Personalabbauverordnungen	227
d)	Weitere Entwicklung der Zwangspensionierungsgrenzen	228
(1)	Die ersten Änderungen vor der Einstellung des Personalabbaus	228
(2)	Einstellung des Personalabbaus und die Heraufsetzung der Zwangspensionierungsgrenzen in Lübeck und Oldenburg ..	229
(3)	Änderung der konkreten Höhe der Zwangspensionierungsgrenzen	231
(4)	Diskussion über Herabsetzung oder Abschaffung der Zwangspensionierungsgrenzen	234
2.	Hochschullehrer	237

a) Zwangsemeritierungsgrenze in Preußen, Baden, Sachsen, Württemberg und Hamburg	237
(1) Preußen und Baden	237
(a) 1920/22	237
(b) Auswirkungen der Reichs-Personalabbauverordnung ..	239
(2) Sachsen, Württemberg, Hamburg – 1921/22 und 1927 ..	241
(a) Sachsen	241
(b) Württemberg	245
(c) Hamburg	246
b) Emeritierungsregelungen in Bayern, Mecklenburg-Schwerin, Thüringen und Braunschweig	246
c) Pensionierungsregelung in Hessen	248
d) Abschaffung der Emeritierung 1931/32	250
(1) Ausgangssituation im Jahre 1930	250
(2) Auswirkungen der Notstandspolitik aufgrund der Weltwirtschaftskrise ab 1930	251
e) Wiedereinführung der Emeritierung durch das Reichsgericht ..	254
VII. Zusammenfassung	256
1. Entwicklung einer Zwangsbeseitigungsgrenze während der Weimarer Republik	256
a) Allgemeine Entwicklung	256
b) Besonderheiten bei Hochschullehrern	260
2. Verschiedene Zwangspensionierungs- und Zwangsemeritierungsgrenzen zum Ende der Weimarer Republik	261
C. Vereinheitlichung der Zwangspensionierungsgrenze während der NS-Zeit	263
I. Zwangspensionierungsgrenzen bei Beamten und Richtern	265
1. Machtergreifung und Gleichschaltung im Reich	265
2. Einführung einer einheitlichen Zwangspensionierungsgrenze und ihre Abschaffung	271
II. Zwangspensionierungsgrenzen bei Hochschullehrern	277
III. Rechtsprechung des Reichsgerichtes zu Zwangspensionierungsgrenzen während der NS-Zeit	282
IV. Zusammenfassung	284
D. Stabilisierung der Zwangspensionierungsgrenze in der Bundesrepublik bis in die Gegenwart	285
I. Allgemeine Entwicklung, Entnazifizierung und personelle Kontinuität in den ersten Nachkriegsjahren	286
II. Vorläufige Geltung der Gesetze aus der NS-Zeit	289
1. Fortgeltung des Deutschen Beamten gesetzes von 1937 (DBG (1937))	290
a) Amerikanische Zone	290
b) Britische Zone	292

c) Französische Zone	293
d) Vier-Zonen-Stadt Berlin	293
e) Bizonenverwaltung	293
f) Regelungen auf Bundesebene	294
2. Hochschullehrergesetz von 1938	296
III. Das Grundgesetz und die Sonderstellung von Beamten, Richtern und Hochschullehrern	298
IV. Neukodifikationen des Beamten-, Richter- und Hochschulrechtes	300
1. Bundesbeamte	300
2. Beamte der Länder	302
3. Richter des Bundes und Bundesrichter	308
a) Richter des Bundes und das Bundesverfassungsgerichtsgesetz von 1951	308
b) Bundesrichter und die flexible Zwangspensionierungsgrenze ..	310
c) Bundesrichter und das deutsche Richtergesetz von 1961	311
d) Vereinheitlichung der statusrechtlichen Unterschiede der Richter des Bundes	312
e) Weitere Änderungen der Zwangspensionierungsgrenzen der Bundesrichter	313
4. Richter der Länder	314
5. Hochschullehrer des Bundes	318
6. Hochschullehrer der Länder	319
V. Bestätigung der Zwangspensionierungsgrenzen durch das BVerfG	323
1. „Hebammen-Entscheidung“	324
2. Folgerechtsprechung	326
VI. Zusammenfassung	330
§ 3 Zwangspensionierungsgrenze als Altersdiskriminierung	333
A. Alter und Antidiskriminierungsrecht	333
I. Flexibilisierungstendenzen in den 60er-Jahren	334
II. Reformbemühungen Anfang der 70er-Jahre	336
III. Der Einfluss des ADEA – die 80er- und 90er-Jahre	336
IV. Der Beitrag der Gerontologie	341
V. Das Merkmal Alter und die RL 2000/78/EG	345
VI. Zusammenfassung	348
B. Zwangspensionierungsgrenzen und Unionsrecht	349
I. Primärrechtliches Verbot der Altersdiskriminierung	349
1. Art. 21 GRCh im System des unionsrechtlichen Antidiskriminierungsrechtes	349
2. Art. 51 GRCh – der Anwendungsbereich von Art. 21 GRCh	350
3. Inhalt des Art. 21 GRCh	353
II. Sekundärrechtliches Verbot der Altersdiskriminierung – RL 2000/78/EG	355

1.	Anwendungsbereich	355
2.	Ungleichbehandlungen aufgrund des Alters	357
3.	(Keine) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	358
a)	Der bisher etablierte allgemeine Prüfungsmaßstab zu Art. 6 I RL 2000/78/EG	358
(1)	Legitimes Ziel	359
(a)	Sozialpolitische Ziele als legitime Ziele	359
(b)	Keine Angabe von Zielen	361
(2)	Angemessenheit und Erforderlichkeit der Maßnahme ..	362
(3)	Bewertung	363
b)	„Systematik“ des inhaltlichen Prüfungsmaßstabes des EuGH ..	363
(1)	Mangold – Ausgangspunkt eines engen Prüfungsmaßstabes ..	364
(2)	Palacios – die Kehrtwende?	367
(3)	Weiterentwicklung eines lockeren Prüfungsmaßstabes bei Zwangsbeendigungsaltersgrenzen	369
(a)	Rosenbladt und Hörfeldt – tarifvertragliche Zwangsruestandsgrenze und unzureichende Altersrente ..	369
(aa)	Rosenbladt	369
(bb)	Hörfeldt	374
(b)	Georgiev und Fuchs/Köhler – gesetzliche Zwangspensionierungsgrenzen	375
(aa)	Georgiev	376
(bb)	Fuchs/Köhler	377
(cc)	Zusammenfassung	378
(c)	Fries – Zwangsbeendigungsgrenze einer EU-Verordnung	379
(4)	Weiterentwicklung eines strengen Prüfungsmaßstabes ..	380
(a)	Petersen	380
(b)	Prigge und Ungarn	383
(aa)	Prigge	383
(bb)	Ungarn	385
(c)	Binnenaltersgrenzen	389
(aa)	Hütter, Schmitzer, Starjakob und Küçükdeveci – Alter und die Berücksichtigung von frühen Dienstjahren	389
(bb)	Hennigs/Mai, Specht und HK Danmark – Altersgrenzen und Entgelt	390
(cc)	Andersen/Ingeniørforeningen i Danmark, Odar, Landin/Ingeniørforeningen i Danmark und Toftgaard	392
(dd)	Zusammenfassung	394
(5)	Polen – äußerer Rahmen des Rechtfertigungsmaßstabes ..	394

4. Der variiierende Prüfungsmaßstab des EuGH	397
C. Zwangspensionierungsgrenzen und nationales Recht	400
I. Verhältnis von nationalem Recht und Unionsrecht	401
II. Das AGG – ein Nebenschauplatz	401
1. Allgemeiner Regelungsüberblick	401
2. Überprüfung von Bundesnormen am AGG	402
a) § 24 AGG als Kollisionsnorm	402
b) Allgemeine Kollisionsregeln	404
c) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das AGG	406
III. Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte	407
1. Verhältnis von Art. 12 GG und Art. 33 II GG	407
2. Art. 33 II GG	409
a) Grundrechtsinhalt	409
(1) Zugang zu jedem öffentlichen Amt	410
(2) Jeder Deutsche	411
(3) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung	411
b) Rechtfertigung durch kollidierendes Verfassungsrecht	414
(1) Art. 33 V GG – die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums	415
(2) Funktionsfähigkeit des Berufsbeamtentums und der Gerichtsbarkeit	416
(3) Ziel der sparsamen Haushaltsführung	417
(4) Schutz der Menschenwürde gem. Art. 1 I GG	417
(5) Art. 97 II GG	418
c) Zusammenfassung	418
D. Versuche der Rechtfertigung	419
I. Zwangspensionierungsgrenzen und Dienstunfähigkeit	419
1. Die (unwiderlegliche) Vermutung der Dienstunfähigkeit	419
2. Kein Garant des Lebenszeitprinzips	420
3. Falsch verstandene Fürsorgepflicht	422
II. Generationengerechtigkeit	423
1. Beamte und Richter	424
a) Kein geschlossenes System und keine konstante Arbeitsmenge	424
b) Demografische Entwicklung	425
c) Zwischenfazit	427
2. Hochschullehrer	427
III. Menschenwürde gem. Art. 1 I GG	429
IV. Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung, Justiz und Hochschulen	430
1. Qualitätssicherung	431
a) Leistungsfähigkeit	431

b) Höhere Lebenserwartung	432
2. Ausgewogene Altersstruktur	432
a) Beamte und Richter	432
b) Hochschullehrer	434
3. Effektive Personalplanung	435
V. Sparsame Haushaltsführung	437
VI. Zwangspensionierungsgrenzen als eigener hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums	439
1. Grundsatzcharakter	439
2. Tradition	440
VII. Art. 97 II GG	442
1. Grundstruktur	442
2. Inhalt	443
3. Alternative zur Zwangspensionierungsgrenze	444
4. Typisierung	445
a) Umfang der Benachteiligten	446
b) Intensität der Belastung	447
VIII. Bedeutung der Berufstätigkeit	448
IX. Fehlende Überzeugungskraft der Rechtfertigungsgründe	449
§ 4 Fazit	455
§ 5 Thesen	463
Anlage 1	469
Anlage 2	470
Literaturverzeichnis	472
Sachverzeichnis	507

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Bezeichnungen

a. F.	alte Fassung
a. A.	andere Ansicht
ABL.	Amtsblatt
ADEA	Age Discrimination in Employment Act (1967)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Alt.	Alternative
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbG	Arbeitsgericht
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell
ArbuR	Arbeit und Recht
Art.	Artikel
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Betriebs Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
Beil.	Beilage
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BPGL	Bundespersonalgesetz
BRR	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CMLRev	Common Market Law Review

DB	Der Betrieb
DBG	Deutsches Beamten gesetz
DDB	Der deutsche Beamte
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
DVP	Deutsche Volkspartei
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskommission
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europa und Recht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht – Zeitschrift für die beratende und die gerichtliche Praxis
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgende
FIDESZ-Partei	Ungarischer Bürgerbund
FR	Frankfurter Rundschau
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
Hbd.	Halbband
i. d. F. v./d.	in der Fassung von/in der Fassung des
i. S. d./v.	im Sinne der/des/von

i. w. S.	im weiteren Sinne
i.V. m.	in Verbindung mit
IWRZ	Zeitschrift für internationales Wirtschaftsrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jh.	Jahrhundert
JMH	The Journal of Modern History
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
jurisPR-ArbR	juris PraxisReport Arbeitsrecht
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenzeitschrift
JZ	JuristenZeitung
KGBI	Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts
KJ	Kritische Justiz
KOM	Kommission
LAG	Landesarbeitsgericht
Lfg.	Lieferung
MittHV	Mitteilung des Hochschulverbandes
NDBZ	Neue Deutsche Beamtenzeitung
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus; nationalsozialistische(s)
NVwZ	Neue Verwaltungsrechts-Zeitschrift
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
preußOVG	preußisches Oberverwaltungsgericht
RdA	Recht der Arbeit
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Reichsgericht, Entscheidungen in Zivilsachen
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB VI	Sozialgesetzbuch Sechstes Buch
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannte
SprAuG	Sprecherausschussgesetz
TBd.	Teilband

TVG	Tarifvertragsgesetz
TzBfG	Teilzeitbeschäftigungsgesetz
TzBfG	Teilzeitbefristungsgesetz
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UN	United Nations/Vereinte Nationen
U.S.	United States of America
US	United States/Vereinigte Staaten
v.	vom/von
Veröff.	Veröffentlichung
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
vollst.	vollständig
WiGBl.	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZaöRA	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZGerontol	Zeitschrift für Gerontologie
ZGerontolGeriat	Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie
ZHG	Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Internationale Praxis
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht

Länderbezeichnungen

vor 1949

bad	Baden; badisches
bay	Bayern; bayerisches
braun	Braunschweig; braunschweigisches
elsaß-loth	Elsaß-Lothringen; elsaß-lothringisches
goth	Gotha; gothaisches
hess	Hessen; hessisches
meck-schw	Mecklenburg-Schwerin; mecklenburg-schwerinisches
old	Oldenburg; oldenburgisches
preuß	Preußen; preußisches
Reuß ä. L.	Reuß ältere Linie
Reuß j. L.	Reuß jüngere Linie
S.-A.	Sachsen-Altenburg
säch	Sachsen, sächsisches
Schw-R	Schwarzburg-Rudolstadt
S-Co-Goth	Sachsen-Coburg und Gotha
S-Co-Saalf	Sachsen-Coburg-Saalfeld
S.-M.	Sachsen-Meiningen
württ	Württemberg; württembergisches

nach 1945

BB	Brandenburg; brandenburgisches
BE	Berlin; berliner
BW	Baden-Württemberg; baden-württembergisches
BY	Bayern; bayerisches
HB	Bremen; bremisches
HE	Hessen; hessisches
HH	Hamburg; hamburgisches
MV	Mecklenburg-Vorpommern; mecklenburg-vorpommersche
NI	Niedersachsen; niedersächsisches
NW	Nordrhein-Westfalen; nordrhein-westfälisches
RP	Rheinland-Pfalz; rheinland-pfälzisches
SH	Schleswig-Holstein; schleswig-holsteinisches
SL	Saarland; saarländisches
SN	Sachsen; sächsisches
ST	Sachsen-Anhalt; sachsen-anhaltisches
TH	Thüringen; thüringisches
WB	Württemberg-Baden; württemberg-badisches

Gesetzesbezeichnungen***vor 1945***

1.württNotVO(1931)	Erste Notverordnung des Staatsministeriums zur Sicherung der Haushalte von Staat und Gemeinden v. 26.09.1931
3.württNotVO(1931)	Dritte Notverordnung des Staatsministeriums zur Sicherung der Haushalte von Staat und Gemeinden v. 04.12.1931
badBG(1888)	Beamtengesetz v. 24.07.1888
badBG(1908)	Beamtengesetz v. 12.08.1908
badCStDE(1819)	Civil-Staatsdieneredikt v. 30.01.1819
badDP(1809)	badische Dienstpragmatik bzw. Verordnung, betreffend die Standes- und Dienstverhältnisse unserer Diener, v. 25.04.1809
badPersAbbVO(1923)	Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben der Staatsverwaltung (Personal-Abbau-Verordnung) v. 05.12.1923
badVerwAngG(1876)	Gesetz, die Verhältnisse der Angestellten der Civilstaatsverwaltung betreffend, v. 26.05.1876
bayBG(1908)	Beamtengesetz v. 15.08.1908
bayBG(1908i. d. F.1922)	Beamtengesetz v. 15.08.1908 i. d. F. d. Gesetz über das Dienstekommen der Hochschulprofessoren v. 27.07.1922
bayHLP(1805)	bayerische Hauptlandespragmatik bzw. Höchstlandesherrliche Verordnungen, die Verhältnisse der Staatsdiener, vorzüglich in Beziehung auf ihren Stand und Gehalt betreffend (Bayerische Hauptlandespragmatik) v. 01.01.1805
bayNpStBG(1894)	Königlich Allerhöchste Verordnung, die Dienstverhältnisse der nichtpragmatischen Staatsbeamten und Staatsbedienstete betreffend, v. 26.06.1894
bayPersAbbVO(1923)	Verordnung zur Verminderung der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung (Personalabbauverordnung = PAV) v. 31.12.1923
bayStDE(1818)	Edict die Verhältnisse der Staatsdiener, vorzüglich in Beziehung auf ihren Stand und Gehalt (Neunte Beylage zu Titel V. § 6 der Verfassungs-Urkunde des Reichs) v. 26.05.1818
BBG(1933)	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 07.04.1933
braunCStDG(1832)	Gesetz über den Civil-Staats-Dienst v. 12.10.1832
braunCStDG(1889)	Gesetz über den Civilstaatsdienst v. 04.04.1889
braunPersAbbVO(1923)	Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst v. 4. April 1889 v. 04.04.1923

bremAusfGVG(1879)	Gesetz, betreffend die Ausführungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, v. 17.05.1879
DBG(1937)	Deutsches Beamten gesetz v. 26.01.1937
EinstPersAbbVO(1925)	Gesetz über die Einstellung des Personalabbau und Änderung der Personal-Abbau-Verordnung v. 04.08.1925
elsaß-lothBeamtG(1873)	Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer v. 23.12.1873
elsaß-lothVereinigungsG(1871)	Gesetz, betreffend die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche v. 09.06.1871
gothStDG(1849)	Gesetz über den Staatsdienst – Beilage V zum Staatsgrundgesetz für das Herzogtum Gotha v. 25.03.1849
GVG(1877)	Gerichtsverfassungsgesetz v. 27.01.1877
hambDPG(1907)	Bekanntmachung betreffend Abänderung des Disziplinar- und Pensionsgesetzes für die nichtrichterlichen Beamten v. 7. Januar 1884, v. 14.06.1907
hessCStBG(1820)	Gesetz über die öffentlichen Dienstverhältnisse der Civil-Staats-Beamten v. 12.04.1820
hessPersAbbVO(1923)	Gesetz zur Herabminderung des öffentlichen Personalaufwands (Hessisches Personal-Abbau-Gesetz) v. 19.12.1923
hessRG(1874)	Gesetz, betreffend die Revision der Bestimmungen über Versetzung der Civilbeamten in den Ruhestand, v. 27.11.1874
hessRuheGG(1920)	Gesetz über die Änderung der Verordnung zur Herabminderung der Personal-Ausgaben der Staatsverwaltung (Personal-Abbauverordnung) v. 05.12.1923, v. 08.11.1924
hessStRGG(1923)	Gesetz, die Ruhegehalte der Staatsbeamten betreffend, v. 18.12.1923
HSchLG(1935)	Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlaß des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens v. 21.01.1935
HSchLG(1938)	Gesetz über die besonderen Rechtsverhältnisse der beamteten Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen v. 09.04.1938
meck-schwBDiszVO(1907)	Verordnung, betreffend die Dienstvergehen der Richter, das Disciplinar-Verfahren gegen dieselben und die unfreiwillige Versetzung derselben in eine andere Stelle oder in den Ruhestand, v. 22.04.1879
oldCStDG(1855)	Civilstaatsdienergesetz v. 26.03.1855
oldCStDG(1867 i. d. F. v. 1925)	Verordnung für den Freistaat Oldenburg zur Herabminderung der Personalausgaben v. 26.03.1925
oldRevCStDG(1867)	Gesetz für das Großherzogtum Oldenburg betr.: Revidiertes Civilstaatsdienergesetz v. 28.03.1867

PersAbbVO(1923)	Reichspersonalabbauverordnung bzw. Einl. Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs (Personalabbau-Verordnung) v. 27.10.1923
preußAGrG(1920)	Gesetz, betreffend Einführung einer Altersgrenze, v. 15. Dezember 1920
preußALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten v. 01.06.1794
preußBDisziplG(1852)	preußisches Beamtendisziplinargesetz von 1852 bzw. Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, v. 21.07.1852
preußBPensG(1872)	preußisches Beamtenpensionierungsgesetz von 1872 bzw. Gesetz, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten, sowie der Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten mit Ausschluß der Universitäten, v. 27.03.1872
preußBPensG(1882)	preußisches Pensionsänderungsgesetz von 1882 bzw. Gesetz, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten sowie der Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten mit Ausschluß der Universitäten, v. 27.03.1872 in der Fassung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes v. 27. März 1872, v. 31.03.1882
preußCPR(1825)	Civil-Pensions-Reglement v. 30.04.1825
preußEinstPersAbbVO(1926)	Gesetz über die Einstellung des Personalabbau und Änderung der Preußischen Personal-Abbau-Verordnung (Personalabbau-Abwicklungsgesetz) v. 25.03.1926
preußHSchLAGrG(1930)	Gesetz über die Altersgrenze der Hochschullehrer v. 29.03.1930
preußNotVO(1931)	Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten v. 24.08.1931 (RGBl. I 1931, 453) und des § 7 II im Kapitel I des Zweiten Teiles der Verordnung des Reichspräsidenten v. 05.06.1931 (RGBl. I 1931, 279) v. 12.09.1931
preußPersAbbVO(1924)	Verordnung der Verminderung der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung (Preußische Personal-Abbau-Verordnung) v. 08.02.1924
RBG(1873)	Reichsbeamtengesetz von 1873 bzw. Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten v. 31. März 1873
RBG(1886)	Reichsbeamtenänderungsgesetz bzw. Gesetz, betreffend die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes und des Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung, v. 20. April 1881

Reuß ä.L.CStDG(1860)	Gesetz, die Verhältnisse der Civilstaatsdiener, insbesondere die Pensionierung derselben und deren Hinterlassenen betreffend, v. 02.04.1860
Reuß ä.L.CStDNachtrG(1868)	Nachtrag zu dem Gesetz v. 02. April 1860, die Verhältnisse der Civilstaatsdiener, insbesondere die Pensionierung derselben und deren Hinterlassenen betreffend, v. 04.01.1868
S.-A.CStDG(1861)	Gesetz über einige Verhältnisse des Civil-Staatsdienstes v. 08.10.1861
S.-A.CStDG(1886)	Gesetz, den Civilstaatsdienst betreffend, v. 26.02.1886
S.-A.StDE(1831)	Edikt in Bezug auf einige Verhältnisse des Staatsdienstes und auf die Bildung und Geschäftstätigkeit der Landes-Kollegien v. 18.04.1831
sächAGrG(1923)	Gesetz über eine Altersgrenze und über die Pensionsdienstzeit der Beamten und Lehrer v. 29.05.1923
sächAusfGVG(1879)	Gesetz, Bestimmungen zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes v. 27. Januar 1877 und über die Zuständigkeit der Gerichte in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit enthaltend, v. 01.03.1879
sächsCStDÄndG(1876)	Gesetz, einige Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Civilstaatsdiener betreffend, v. 03.06.1876
sächsCStDG(1835)	Gesetz, die Verhältnisse der Civilstaatsdiener betreffend, v. 07.03.1835
sächsEmerG(1927)	Gesetz über die Emeritierung der Professoren an den wissenschaftlichen Hochschulen v. 19.07.1927
sächsSparVO(1931)	Verordnung zur Sicherung des Staatshaushalts und der Haushalte der Gemeinden v. 21.09.1931, Sächsisches Gesetzblatt 1931
Schw-RCStÄndG(1900)	Gesetz, betreffend die Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Pensionierung der Civilstaatsdiener, v. 28.02.1900
S-Co-GothCStDG(1852)	Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 03.05.1852
S-Co-SaalfCStDVO(1821)	Verordnung über die Verhältnisse der Civil-Staatsdiener v. 20.08.1821
S.-M.StBG(1898)	Gesetz, betreffend die Staatsbeamten v. 11.03.1898
S.-M.StDPenG(1859)	Gesetz, betreffend die Pensionierung der Staatsdiener v. 12.05.1859
thürPersAbbÄndG(1924)	Notgesetz zur weiteren Abänderung des Notgesetzes über die Herabminderung der Personalausgaben v. 28. Dezember 1923, v. 11.03.1924
thürStBG(1923)	Staatsbeamtengesetz v. 14.03.1923
UniStatutLeipzig(1880)	Statut für die Universität Leipzig v. 15.03.1880
WRV	Weimarer Reichsverfassung bzw. Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 11.08.1919

württBG(1929)	Beamtengesetz v. 21.01.1929
württCStDÄndG(1849)	Gesetz, betreffend die Abänderung einiger gesetzlicher Bestimmungen über Quiescirung und Pensionirung von Civil-Staatsdienern, v. 07.09.1849
württCStDG(1821)	Gesetz über die Verhältnisse der Civil-Staats-Diener v. 28.06.1821
württHSchlG(1922)	Gesetz über die Amtspflichtenthebung der Hochschulprofessoren v. 31.05.1922
württStBG(1876)	Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Staatsbeamten, sowie der Angestellten an den Latein- und Realschulen, v. 28.06.1876

nach 1945

1.HE-DRModG(2010)	Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen v. 25.11.2010
2.HE-DRModG(2013)	Zweites Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen v. 27.05.2013
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz in der derzeit aktuellen Fassung
BBG	Bundesbeamtengesetz in der derzeit aktuellen Fassung
BBG(1953)	Bundesbeamtengesetz v. 14.07.1953
BBG(1976)	Bundesbeamtengesetz v. 14.07.1953, BGBl. I 1953, 551 i. d. F. d. Hochschulrahmengesetz v. 26.01.1976
BBG(2009)	Bundesbeamtengesetz, neubekanntgemacht in Art. 1 Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz) v. 05.02.2009
BeamtStG(2008)	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamteninnen und Beamten in den Ländern v. 17.06.2008
BeamtVGÄndG(1989)	Gesetz zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften v. 18.12.1989
BPG(1950)	Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen [Bundespersonalgesetz (BPG)] v. 17.05.1950
BRRG(1957)	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts v. 01.07.1957
BRRG(1989)	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts v. 01.07.1957 i. d. F. Gesetz zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften v. 18.12.1989
BVerfGG(1951)	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht v. 12.03.1951

BVerfGG(1993)	Bekanntmachung des Neufassung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes v. 11.08.1993
DNeuG(2009)	Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DNeuG) v. 05.02.2009
DRiG	Deutsches Richtergesetz in der derzeit aktuellen Fassung
DRiG(1961)	Deutsches Richtergesetz v. 08.09.1961
HE-BG	hessisches Beamten gesetz in der derzeit aktuellen Fassung
HE-HSchLG(1950)	Hessisches Gesetz über die besonderen Rechtsverhältnisse der Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen v. 10.11.1950
HE-RiG	hessisches Richtergesetz in der derzeit aktuellen Fassung
HRG(1976)	Hochschulrahmengesetz v. 26.01.1976
NW-BG	nordrheinwestfälisches Beamten gesetz
RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz	Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz) v. 20.04.2007
SoldGG(2008)	Soldatinnen- und Soldaten-Gleichbehandlungsgesetz v. 14.08.2006 i. d. F. d. Art. 4 des Wehrrechtsänderungsgesetzes v. 31.07.2008
TzBfG(2003)	Teilzeit- und Befristungsgesetz bzw. Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge v. 21.12.2000 i. d. F. v. Art. 2 Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt v. 24.12.2003
TzBfG(2007)	Teilzeit- und Befristungsgesetz bzw. Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge v. 21.12.2000, i. d. F. d. Art. 1 Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen v. 19.04.2007

„TWO YOUNG FISH swimming along and they happen to meet an older fish swimming the other way, who nods at them and says, ‚Morning, boys. How’s the water?‘ And the two young fish swim on for a bit, and then eventually one of them looks over at the other and goes, ‚What the hell is water?‘“¹

§ 1 Einleitung

A. Ausgangspunkt

Die in der obigen Parabel beschriebene Unwissenheit des jungen Fisches offenbart eine simple Erkenntnis: „[T]he most obvious, important realities are often the ones that are hardest to see and talk about“.² Dies gilt auch für das Thema der Zwangspensionierungsgrenzen, das sich bei weitem nicht in der dogmatischen Frage erschöpft, ob die zwangsweise Pensionierung mit 65 bzw. 67 Jahren eine ungerechtfertigte Altersdiskriminierung im Sinne der europäischen Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie 2000/78/EG (RL 2000/78/EG) darstellt.

Als sich das RG 1922 erstmals mit dem Thema der Altersgrenze beschäftigte, fand es auf die Frage „Was sind Zwangspensionierungsgrenzen?“ eine prägnante Antwort:

„Eine unwiderlegbare Rechtsvermutung über den Eintritt der Dienstunfähigkeit“³

An dem Postulat der Zwangspensionierungsgrenze als unwiderlegbarer Ver-
mutung der Dienstunfähigkeit hielt das RG in ständiger Rechtsprechung fest.⁴ Das BVerfG griff diese Rechtfertigung in der „Hebammenentscheidung“ auf, be-
stätigte die Verfassungsmäßigkeit des Instituts der Zwangsbeendigungsgrenze⁵ und weitete den Anwendungsbereich auf die freien Berufe aus.⁶ Infolge der höchstrichterlichen Rechtsprechung manifestierte sich dieses Verständnis von der Zwangspensionierungsgrenze auch in der juristischen Literatur. Es wurde wieder-
holt rezipiert und trotz neuer entgegenstehender Erkenntnisse – auch aus dem Bereich der Gerontologie – nur selten hinterfragt. Die Zwangspensionierungs-

¹ Wallace, This is Water, 7.

² Wallace, This is Water, 7 ff.

³ RGZ 137, Anhang (Nr. 3), 17, 31, wobei dies eine Zusammenfassung der Feststel-
lungen des III. Senats des Reichsgerichts im Rahmen der Entscheidungen RGZ 104, 58,
62 f. und RGZ 104, 66, 68 darstellt.

⁴ Siehe hierzu unten S. 206 ff.

⁵ Vorliegend als Oberbegriff für Zwangspensionierungs- und Zwangsruhestandsgren-
zen zu verstehen, vgl. S. 39 ff.

⁶ BVerfGE 9, 338, 338 ff.

grenze entwickelte sich zu einem etablierten und unumstößlichen Rechtsinstitut sowie einem als neutral geltenden, immer schon da gewesenen rechtlichen Regulierungsinstrument.

Dies änderte sich auch nicht durch den Erlass der RL 2000/78/EG. Zwar wurden gesetzliche Altersgrenzen spätestens mit der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht, das heißt mit Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsge setzes als Altersdiskriminierungsproblem wahrgenommen und diskutiert, allerdings drängte sich der Eindruck auf, dass es hierbei vor allem darum ging, eine dogmatische Rechtfertigung dieses Instituts zu finden, statt es fundiert aus einer neuen Perspektive zu hinterfragen.

Der EuGH schloss sich letztendlich der Rechtsprechung des BVerfG an und setzte damit einer vertieften rechtlichen Diskussion über Zwangspensionierungsgrenzen und Zwangsruhestandsgrenzen ein Ende. Er verwies zur Rechtfertigung der Altersdiskriminierung durch Zwangsbeendigungsgrenzen auf die *Rechtstradition der Mitgliedsstaaten*⁷ und spannte somit – wie bereits das BVerfG – einen Bogen in die Vergangenheit, um eine Legitimation dieses Institut zu konstruieren.

Dieses Vorgehen verdeutlichte erneut die Bedeutung der „Rechtstradition“ bzw. der Geschichte der Zwangspensionierungsgrenze für die Gegenwart. Allerdings ist bis heute nicht umfassend aufgearbeitet worden, was unter der vom EuGH in Bezug genommenen Rechtstradition der Zwangsbeendigungsgrenzen überhaupt zu verstehen ist oder wann und warum die Entwicklung der Zwangsbeendigungsgrenzen ihren Ursprung genommen hat.

Wie problematisch dieser unreflektierte Umgang mit dem Institut der Zwangspensionierungsgrenze ist, offenbaren verschiedene aktuelle Entwicklungen sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch den USA.

So ist im Rahmen der Auseinandersetzungen um das Rechtsstaatsprinzip in Ungarn und Polen⁸ eine politische Instrumentalisierung der Zwangspensionierungsgrenze für Richter zu beobachten. In Polen wurde 2018 im Rahmen einer höchst umstrittenen „Justizreform“⁹ die bestehende Zwangspensionierungsregelung für Richter des Obersten Gerichts vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt.¹⁰ Mit dieser Regelung wurde auch die damalige Präsidentin des Obers ten Gerichts¹¹ Małgorzata Gersdorf über Nacht für „zu alt“ für ihr Amt befun-

⁷ Vgl. EuGH, Urteil v. 12.10.2010 – C-45/09 (Rosenbladt), EU:C:2010:601, Rn. 44.

⁸ Zu den Vorgängen im Detail siehe unten S. 385 ff., 394 ff.

⁹ Bei Klatt, NVwZ 2019, 1117, 1118 auch in Anlehnung an die US-amerikanische Geschichte als „court packing“ bezeichnet.

¹⁰ Stabenow, EU-Kommission leitet Verfahren gegen Polen ein, FAZ v. 21.12.2017, 1, 1; EuGH, Urteil v. 24.06.2019 – C-619/18 (Polen), EU:C:2019:53, Rn. 1 ff.; EuGH, Urteil v. 24.06.2019 – C-619/18 (Polen), EU:C:2019:53, Rn. 1 ff.

¹¹ Sąd Najwyższy, vergleichbar mit dem BGH und nicht mit dem polnischen Verfassungsgericht zu verwechseln.

den.¹² Sie widersetzte sich diesen neuen Einschränkungen und betrat gleichwohl symbolträchtig in ihre Robe gekleidet mit einer weißen Rose in der Hand unter den Augen einer beachtlichen Menschenmenge das Gebäude des Obersten Gerichts Polens, um dort weiterhin ihrem Dienst als Präsidentin nachzugehen.¹³ Schließlich absolvierte sie ihre reguläre – vor dem EuGH erkämpfte – Amtszeit als Präsidentin des obersten Gerichts Polens und hielt am 28. April 2020, zwei Tage vor Ablauf ihrer Amtszeit, eine bewegende Abschiedsrede.¹⁴ Mit dem Appell, die große Tradition der ersten Republik zu verteidigen,¹⁵ in der das Recht und nicht der König geherrscht habe,¹⁶ plädierte sie für Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz.¹⁷ Den nach dem Sieg der PiS-Partei im Jahre 2015 eingeleiteten Umbau der Justiz in Polen bezeichnete sie als „Maßnahmen zur Zerstörung des Verfassungsgerichts, der Allgemeinen Gerichte und des Obersten Gerichts“.¹⁸ Diese Aussagen stehen nicht nur für die Kritik an der umstrittenen „Justizreform“ in Polen, sondern auch an der gleichermaßen umstrittenen „Justizreform“ Ungarns. Im Rahmen beider Reformen wurde u.a. auf das vordergründig „neutrale Instrument“ der Zwangspensionierungsgrenze zurückgegriffen, um die Justiz unter dem Deckmantel der Neutralität parteipolitisch auszurichten. Ein Vorgehen, das zur Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen beide Länder führte und diese dazu veranlasste, die Herabsetzung der Zwangspensionierungsgrenzen jedenfalls einstweilen anzupassen.¹⁹

Ein weiteres Beispiel der bewussten Instrumentalisierung einer „neutralen“ Zwangsaltersgrenze der neueren Geschichte ist der „court packing plan“²⁰ des U.S.-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt von 1937.²¹ Dieser erschöpfte sich

¹² Föhrding/Verfürth, Porträt Małgorzata Gersdorf, <https://www.theodor-heuss-stiftung.de/portraet-malgorzata-gersdorf/>, [Stand: 29.09.2023], 1.

¹³ Föhrding/Verfürth, Porträt Małgorzata Gersdorf, <https://www.theodor-heuss-stiftung.de/portraet-malgorzata-gersdorf/>, [Stand: 29.09.2023], 1.

¹⁴ Rebehn, DRiZ 2020, 198, 198 ff., unter Fn. 1 ist die Angabe des Links zur offiziellen Internetseite des Obersten Gerichts Polens zu finden, wo die Rede im Original abrufbar ist.

¹⁵ Die Unabhängigkeit der Justiz in (der Verfassung) der ersten Republik Polens.

¹⁶ Im Original lautet die Passage: „Bromimy przeciez naszej tradycji, wielkiej tradycji I Rzeczypospolitej, o której mówiono, ze w niej prawo władza, a nie król.“

¹⁷ Rebehn, DRiZ 2020, 198, 198 f.

¹⁸ Rebehn, DRiZ 2020, 198, 199, im Original: „destrukcji Trybunału Konstytucyjnego, sądow powszechnych i Sądu Najwyzszego“.

¹⁹ Vgl. hierzu insbesondere EuGH, Urteil v. 24.06.2019 – C-619/18 (Polen), EU:C:2019:53; EuGH, Urteil v. 24.06.2019 – C-619/18 (Polen), EU:C:2019:53; Yamato/Stephan, DÖV 2014, 58, 59 f.; Vincze, EuR 2013, 323, 324 ff.

²⁰ Vgl. u.a. Rehnquist, University of Richmond Law Review, 38 (2004), 579, 593.

²¹ Vgl. u.a. Liptak, The Precedent, and Perils, of Court Packing, The New York Times, <https://www.nytimes.com/2020/10/12/us/supreme-court-packing.html?searchResultPosition=4>, [Stand: 29.09.2023]; Astor, Ginsburg's death revives calls for court packing, The New York Times, <https://www.nytimes.com/2020/09/19/us/politics/ginsburgs-death-revives-calls-for-court-packing.html?searchResultPosition=2>, [Stand: 29.09.